

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Oktober 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verfallungs-, Vergütungsanfrage usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verläufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 122

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zur Tagung des Tarifausschusses.
Vom Hilfsdienst: Nachlese in der Zusammenlegungsfrage von Setzungs- und Druckereibetrieben. — Die Anerkennung als kriegswichtiger Betrieb. — Ein Fall von merkwürdiger Heranziehung eines Buchdruckergehilfen. — Hilfsdienstleistungen.
Korrespondenzen: Krefeld. — Leipzig (M.-M.). — Posen.
Rundschau: Ein goldenes Jubiläum. — Von Buchdruckern im Krieg. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmenswertes Beispiel. — Frohartenfälligkeit. — Zuckerhartenfälligkeit. — Für das dauernde Nachdruckverbot. — Erhöhte Frohartenfälligkeit. — Schutz für Kleingärten.

Zur Tagung des Tarifausschusses

In der ersten Hälfte nächster Woche wird in Berlin die höchste Instanz unserer Tarifgemeinschaft verammelt sein; zum ersten Male während der Kriegszeit und zum zweitenmal in der noch laufenden Tarifperiode. Daß der Tarifausschuß diesmal nicht einberufen worden ist, um eine Revision des Tarifs vorzunehmen, ergibt sich aus einer Betrachtung der §§ 97 und 98 des Tarifs, deren Voraussetzungen nicht gegeben sind. Das Tarifausschussmitglied in seiner die bevorstehende Sitzung des Tarifausschusses anberaumenden Bekanntmachung vom 6. September vielmehr auf den § 87, der dem Tarifausschuss unter Ziffer 10 das Recht zur Einberufung des Tarifausschusses überhaupt gibt. Der Tarifausschuß wird in seiner Oktobertagung 1917 also eine Tätigkeit im Sinne des zweiten Teiles von § 85 Ziffer 1 auszuüben haben.

Im ersten Stadium der jetzigen Tarifgemeinschaft haben solche Sitzungen des Tarifausschusses alljährlich stattgefunden; das war jedesmal im Mai der Jahre 1897, 1898, 1899 und 1900. Dann, mit fortschreitender Ausbreitung und Festigung der Tarifgemeinschaft, lag nicht mehr so häufig Veranlassung vor, und so haben wir von da ab den Tarifausschuß außer bei Vornahme einer Tarifrevision (1901, 1906 und 1911) nur noch 1902, 1904, 1907, 1908 und 1913 zusammengetreten.

Wäre nicht das beschriebene Unglück des Weltkrieges gekommen, würde schon im Herbst vorigen Jahres der tarifliche Gesetzgeber für eine neue Festsetzung dessen, was für die „gegenseitigen Beziehungen und Leistungen allgemein als gerecht und billig anzusehen und Rechtens sein soll“, zu sorgen gehabt haben. Wir lebten also dann bereits fast ein Jahr unter einem neuen Tarife. So aber muß der alte noch einmal haltbar gemacht werden bis zu dem Zeitpunkt, wo unter ruhigeren Verhältnissen unsere gewerbliche Ordnung der notwendigen Reformation unterzogen werden kann. Daß sich alles Wünschen und Hoffen vereinigt zur Herbeiführung eines die Menschheit von dem unendlichen Leide befreienden Friedens, sei auch bei dieser Gelegenheit als einer festen Erwartung Ausdruck gegeben.

Die bevorstehenden Verhandlungen werden nicht nur hinsichtlich der Beratungsgegenstände, sondern auch in bezug auf den berufenen Personenkreis ein recht verändertes Bild aufweisen: von jeder Seite dürften zehn Teilnehmer an der Tarifausschusssitzung vor vier Jahren nicht wiederkehren. Zurücktritt vom Amte, Krieg, Tod und Invalidität erfordern ebenso viel neue Männer zu schwerer Pflichterfüllung. Mögen auch sie ihr Bestes einsehen zu einem gemeindlichen Ergebnisse dieser unter ganz außergewöhnlichen Umständen stattfindenden Tagung!

Wie nicht anders zu erwarten, hat während der letzten Wochen in den Kreisen der Gewerbean-

gehörigen die Tarifausschusssitzung regen Diskussionsstoff abgegeben. Auf Prinzipalsseite war bis zum Abschluß dieser Nummer vom Arbeitgeberverband ein direkter Anknüpfungspunkt noch nicht gefunden, soweit sich das aus seinem Organ erkennen läßt. Sonst hat man es aber nicht an der alten Delperradopolitik fehlen lassen. Die Prinzipalsorganisation ist durch ihre Heidelberger Tagung zu einer Stellungnahme gekommen, die unser Beifall nicht gefunden hat, wie aus der ihr im „Korr.“ gewordenen Beurteilung und dem in Einzelartikeln zu den verschiedenen Entschliessungen hervorgegangen ist. Es wird auf eine Erweiterung der Kriegsmassnahmen gedrängt, die unser Bedenken erregen muß. Dagegen war nichts zu vernehmen, wie man sich zu der von der Gehilfenschaft mit unwiderlegbarer Berechtigung verlangten ausreichenden Erhöhung der Teuerungszulagen stellt, die den Brennpunkt der Verhandlungen bilden wird. Es haben aber in den letzten Wochen Verammlungen stattgefunden, die sich damit wohl näher befaßt haben werden. Hoffentlich ist das an verschiedenen Orten gezeigte Verständnis für die schlimme Lage der Gehilfenschaft als ein Merkmal anzusehen, daß nun auch allgemein diese im einzelnen bekundete Einsicht die Oberhand gewinnen wird. Auf Gehilfenseite erpedierte der „Typograph“ vom 12. Oktober den Anknüpfungspunkt, als ob der vom Gutenbergbunde gestellte Antrag auf Sitz- und Stimmgewährung im Tarifausschuß und im Tarifausschuß den Inbegriff der auf die bevorstehenden Verhandlungen gestellten Erwartungen ausmache. Dieser Eindruck — er kann durch die neue Nummer des „Typ.“ ja abgeschwächt werden — hat nichts Erhebendes. Die die Gehilfenschaft allgemein bewegenden und aufrührenden Fragen hätten Voranstellung finden müssen, wenn in der Vertretung von Gehilfeninteressen, wie doch von jener Seite immer behauptet wird, kein Unterschied zwischen Verband und Gutenbergbund bestehen soll. In unserer Organisation ist das Bild ein ganz anderes. Das Verammlungsleben erfuhr einen bedeutenden Aufschwung. Die geäußerten Wünsche und Erwartungen wie die als unumgänglich bezeichnenden Erfordernisse ließen nicht selten annehmen, daß die Tagung des Tarifausschusses mit einer Tarifrevision verwechselt wurde. Daß die Redaktion da in der letzten Zeit erst recht keinen leichten Stand hatte und manches dem Rostfalle verfallen mußte, wird hoffentlich nachträglich einleuchten. Es ging früher nicht an, wie es auch jetzt nicht angeht, alles bis zum letzten öffentlich zu erzählen und zu verfechten, und so auch den Gehilfenvertretern die Durchschlagskraft ihrer Argumente bei den Verhandlungen abzuschwächen. Zudem war daran wenig Rücksicht auf die doch nun einmal jetzt gegebenen starken Raumgebundenheiten zu erkennen. Wir haben es an gehöriger Ableuchtung des ganzen Gebietes der gewerblichen Fragen und Erfordernisse wie der zeitlichen Schwierigkeiten und Mängel nicht ermangeln lassen, so daß die in der eignen Vorkführung zu kurz gekommenen darin einen Ersatz erblicken können, weil auf diese Weise eine konzentrische Hervorhebung aller Notwendigkeiten stattgefunden hat.

Von der sechs Punkte umfassenden Tagesordnung hat der fünfte: „Ausprache über die geltenden Teuerungszulagen“, die Wogen recht hochgehen lassen in der Zeit nach Erscheinen der Tarifausschussbekanntmachung. Es bedarf keiner weiteren Worte,

warum dem so ist. Die Notlage wirkt wahrhaft erdrückend. Zudem sehen die Gehilfen, wie auch den Arbeitern, die nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind, Lohnzulagen zuteil werden, gegen die sie in Rückstand bleiben. Wenn dabei auch über Gebühr verallgemeinert wird, so läßt sich im großen und ganzen gegen diese Argumentierung nichts sagen. Die Buchdrucker arbeiten eher schwerer als andre Berufe, haben aber unter den Verhältnissen mehr zu leiden. Der Heidelberger Beschluß auf Revision des Druckpreissetarifs muß unbedingt so verwirklicht werden, daß durch eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszulagen ein Ausgleich zwischen Teuerung und Einkommen geschaffen werden kann, der nicht schon nach wenigen Wochen durch die eingetretene Preispolitik wieder überholt ist! Es darf nicht mit mimosenhafter Scham an diese Dinge herangegangen werden. Mit dem geschäftlichen Anstand ist heutzutage nicht weit zu kommen. Auf keinen Fall ist die Gehilfenschaft gelonnen, die Kosten einer solchen Kurzsichtigkeit zu fragen! Der Tarifausschuß, dem jetzt zum ersten Male die Gelegenheit geboten ist, direkt mitzuwirken an einer neuen Festsetzung der Teuerungszulagen, hat unbedingt dafür zu sorgen, daß die Worte seiner Kundgebung von Ende März 1916, den Gehilfen so entgegenzukommen, „damit es denselben möglich ist, auch bei den außerordentlich verteuerten Lebensbedingungen ihre Verpflichtungen gegen Staat und Familie zu erfüllen“, zur Tatsache werden. Die Gehilfenschaft ist dazu bis jetzt nicht in der Lage gewesen, es hat sich ein solcher Notstand herausgebildet, der auch die Arbeitskraft ernstlich gefährdet. Das ist doch jedenfalls von einschneidender Bedeutung auch für die Arbeitgeber! Uns sind während der letzten Wochen in zunehmender Zahl Fälle berichtet worden, daß Prinzipale aus eigenem Antriebe die Teuerungszulagen erhöhten oder Vorschüsse zur Deckung des Winterbedarfs an Brennmaterial oder Nahrungsmitteln gewährten. Das zeugt gewiß von der Erkenntnis, daß wir unter unhaltbaren Zuständen leben. Daß auch strikte Ablehnungen erfolgen, ist zwar weniger verständnisvoll, es ergibt sich daraus aber um so mehr die Notwendigkeit für den Tarifausschuß, gründliche Arbeit zu tun. Die Teuerungszulagen auch bei den Überstunden in Anrechnung zu bringen, ist unabweisbar geworden. Wir hinken damit sowieso andern Gewerben nach. Aber die vielfache Staffellung herrscht allgemeine Unzufriedenheit, auch die Faktoren wenden sich dagegen. Eine Vereinfachung kann und muß hier Platz greifen. Es kommen jetzt so geringe Beträge für Höherbezahlte heraus, daß von offenkundiger Benachteiligung zu sprechen ist. Was im Auslande möglich ist, was es eine so ausgedehnte Staffellung nicht gibt, kann doch im deutschen Buchdruckergewerbe nicht unmöglich sein. Mögen also die Prinzipalvertreter alles bedenken: nicht die Gefahr sich vermehrender Abwanderung vom Berufe herauszuschreiben, nicht die Gehilfenschaft zur Beschreitung anderer Wege zwingen und sich nicht die gründlich fehlgeschlagene Methode der österreichischen Prinzipalpolitik mit einem zu weitgehenden Tauschgeschäft zum Beispiel nehmen! Die Verständigung ist unbedingt der bessere Teil für sie.

Die unter dem zweiten Punkte vorgelebene Festsetzung der Lohnsätze bei der späteren Tarifrevision

pricht für die Erkenntnis, daß die seit 1912 geltenden Grundlöse keine Basis mehr bilden können für einen neuen Tarif. Hoffentlich wird dieses Stück Übergangswirtschaft auf bewerkstelligt.

Die tariflichen Ausnahmen dürften zu einer nicht ganz leichten Ausprägung führen. Der Gehilfenschaft ist jedenfalls das Zeugnis nicht vorzuenthalten, daß sie hierin entgegenkommender gewesen ist, als die Prinzipalität es war bei der tariflichen Ausnahme der Teuerungszulagen. Kann auch ein gewisser Zwang dazu von außenstehender Seite nicht bestritten werden, so besteht er andererseits für ein besseres Ausmaß der Teuerungszulagen auch für die Prinzipale bzw. könnte im eigentlichen Sinne erst noch zur Anwendung gebracht werden. Die Prinzipalität will nun die Grenzen nochmals erweitert wissen. Die großen Bedenkllichkeiten hinsichtlich unbeschränkter Vorkaufszulagen haben wir erst in voriger Nummer erörtert. Mit den Ersparnissen das Vaterland retten zu wollen, halten wir nach dem in Nr. 104 erbrachten Material als ausgeschlossen. Inzwischen ist mehrfach über zunehmende Fahnenflucht der Rettungssengel berichtet worden. Sie zeigen auch sonst manche Untugend, die bei Gehilfen als schwere Verfehlung gelten würden. So erhielt der Leipziger Prinzipalverein letzten einen Steckbrief hinter zwei Schweltern, die sich französisch empfahlen. Es wird sich bei den Verhandlungen noch manches Charakteristischem ergeben.

Daß in der Lokalzuschlagsfrage (Punkt 4) nicht alle Blütenkränze reifen werden, ist sicher, namentlich wird das auf das Maß der Erhöhung zutreffen. Immerhin sollte man hier den formalistischen Standpunkt nicht zu sehr betonen, weil mehrfach ein grobes Mißverständnis entstanden ist.

Der Gutsenbergbund hat im Gegensatz zu 1911 und 1913 eine Mäßigung seiner Ansprüche gezeigt. Außerdem sind von ihm Angriffe vermieden worden, wie sie ihm in besonders vor vier Jahren nicht nur von Verbandsseite vermehrte Gegnerschaft eingetragen hatten, und überdies kommt ihm die Zeitströmung zugute. Wenn er dadurch aus einer Gegenorganisation mehr zu einer kleinen Nebenorganisation geworden ist, so hat sein Organ doch nicht immer vermocht, diese veränderte Situation klar auszunutzen. Bei bedeutsamen Anlässen für unsere Organisation ist der „Typ.“ vielmehr im alten Geiste gefahren und hat sich über Gedenkstern und Gedenktage des Verbandes in einer Weise ausgelassen, was energische Zurückweisungen zur Folge haben mußte. Wir wollen uns hier weiterem enthalten, da man den „Korr.“ leicht als Partei ansehen könnte. Das Wenige ist aber notwendig zu sagen, denn mit dem Schwamme des Vergessens über alles hinwegzufahren, erscheint uns zu großmütig, wenn die Gewähr eines angemessenen Verhaltens, das von Verbandsseite dem Gutsenbergbunde stets als der springende Punkt bezeichnet wurde, nicht sicher genug ist.

Daß der Punkt: „Bericht des Tarifamts über die tarifliche Lage“, bemerkenswerte Einblicke bringen und zu lehrreichen Schlussfolgerungen Anlaß bieten wird, steht von vornherein fest. Die Tarifamtsstatistik wie der Geschäftsbericht sind da schon ein wertvoller Aufklärungsdienst gewesen. Unsere Tarifliche wollen wir unversehrt durch die Bedrängnisse des Krieges geleiten.

Die brennend gewordenen Ernährungsangelegenheiten wie die zur Entscheidung drängende Hilfsarbeiterfrage werden hoffentlich in das Pensum der in Berlin zu verrichtenden Arbeit noch aufgenommen.

Wir begrüßen die Zwischenabstimmung des Tarifausschusses ähnlich wie vor sechs Jahren die Hauptabstimmung: Es möge zu einem friedlichen Ausgleich der beiderseitigen Interessen kommen und den Gehilfen eine materielle Lage geschaffen werden, die es ihnen gestattet, wirklich Mensch zu sein!

□ □ □ Vom Hilfsdienst □ □ □

Nachlese in der Zusammenlegungsfrage von Zeitungs- und Druckereibetrieben.

Wer über die unsern Gewerbe in der Zweiteilung Buchdruckerei und Zeitungsgewerbe bedrohlich herangerückten Gefahren nicht genau unterrichtet ist oder wenn diese Dinge wieder entfallen sind, sei auf die an gleicher

Stelle erschienenen Ausführungen in den Nrn. 81 (1), 82 (1), 104 (1 und 2), 105 (1), 108 (1 und 2) verwiesen. Es folgen hier nun weitere, mit denen eine Klärung wesentlich gefördert wird.

Sundacht in der Frage der Zeitungs- und Druckereibetrieben. Auf einer am 15. September in Gießen abgehaltenen Versammlung des Niederhessisch-Weißhessischen Zeitungsverlegervereins sprach man sich nicht nur gegen eine solche Möglichkeit überhaupt aus, sondern auch gegen die einer technischen Gemeinschaft, d. h. der gemeinsamen technischen Herstellung von Zeitungen, was an amtlichen Stellen noch als Ausweg in petto gehalten zu werden schien. Vom Generalkommando des VII. Armeekorps (Münster) war ein Vertreter anwesend, der diese Vorfassungen stellte und erklärte, die Zusammenlegung von Zeitungen bedeute eine sehr starke Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung und sei daher nicht ins Auge gefaßt. Durch die Herstellung von gemeinsamen Matrizen für amtliche Ausstellungen lasse sich aber vielleicht etwas ersparen. Die Versammlung verneinte indes auch diese Frage. Man hielt sich also in jeder Weise ablehnend. Der Oberhessische Zeitungsverlegerverein hat in seiner Versammlung zu Radolfzell am 16. September einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Sollte es zur Zusammenlegung von Buchdruckereien kommen, so dürfte die Selbständigkeit der Zeitungsbetriebe dadurch nicht in Frage gestellt werden. Der Hauptverein solle mit aller Entschiedenheit ein maßgebender Stelle dafür eintreten, daß das ungehinderte Weiterbestehen aller Tageszeitungen sichergestellt werde.

Dem bereits erwähnten und entsprechend beleuchteten Schilddrüsengiftigen aus Frankfurt a. M., wo eine örtliche Prinzipalversammlung sich aus Gründen der Papierersparnis für eine Reihe gefährlicher Experimente, u. a. Verbot der Neugründung von Zeitungen und Zeitschriften, Zurücklegung der Fachzeitschriften auf die Hälfte der jährlich erscheinenden Zeitungen (eine höchst unklare Vorstellung!) sowie Erwägung der Zusammenlegung von Tageszeitungen und Verbot fälglicher Mehrausgaben, erklärt hatte, ist noch ein Nachspiel beschieden gewesen. Man war nämlich damit auch an den Magistrat in Frankfurt herangetreten. Dieser ist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Die betreffende Zeitungsnotia muß die überforderte Ausgangsstelle dieses Einchränkungsreihordes verschmupft haben. Nach einer zweiten Notiz hätte der Magistrat nur Bedenken getragen, zu den gehenngezeichneten Forderungen des dortigen Prinzipalvereins (die einen noch größeren Rahmen aufweisen!) besonders Stellung zu nehmen. Der „Zeitungsvorlag“ registrierte unter der Signatur „Dr. Eisenbarth“ diesen Vorgang und bemerkte mit nicht allzu großer Höflichkeit, was hier jedoch am Platz erscheint: „Der Magistrat ist über diese Radikalität der Zeitnotie durch Dilettanten mit Recht zur Tagesordnung übergegangen.“

Das Organ der Zeitungsverleger brachte am 12. Oktober von einem namhaften württembergischen Zeitungsverleger einen ausgezeichneten Artikel über die Zusammenlegung der Zeitungen. Der Verfasser geht von der Sardinialfrage aus, ob wirklich Personal, Material, Licht und Heizung in nennenswertem Umlange gespart werden könnten, wenn dieser fragwürdige Schritt unternommen würde. Was die technische Seite anbelangt, so wird darauf hingewiesen, daß schon durch die Überlassung geeigneter Räume — soweit solche überhaupt verfügbar — der betriebsführenden Zeitung an die Schriftleitung der anderen die Kosten- und Lichtersparnis ausgeschlossen wäre. Die Arbeitskräfte in der Druckerei seien aber schon so außerordentlich knapp, daß für die Herstellung des Textes, der, wie zutreffend nachgewiesen wird, ein unterschiedlicher bleiben müsse, nicht ein einziger Mann überflüssig werden würde infolge der Zusammenlegung. Der Anzeigensatz müsse bis auf gewisse Ausnahmen ebenfalls besonders hergestellert werden. Zu einem gemeinsamen Drucke, der seinen Zweck nur durch einen einzigen Arbeitsgang erfüllen könnte, reichten aber weder die Maschinen noch die Bedienung aus. Weiter würden die Maschinen der einen Druckerei durch Stillstehen, die der betriebsführenden durch übermäßige Abnutzung verdorben. An Papier, Farbe, Reinigungsmitteln, Bändern usw. könnte ebensowenig etwas erspart werden wie an Material und Pfaffen das geringste in der Stereotypie. Eine ganz unbedeutende Verringerung des Anblenverbrauchs wäre vielleicht zu erzielen, was aber in keinem Verhältnis zu den erschwerenden Umständen anderer Art stehen würde. Die entsetzenden Schwierigkeiten redaktioneller Natur werden so anschaulich geschildert, daß auch dem Nichtfachmann sehr schnell die Überzeugung kommen muß von einem gänzlich verfehlten Experiment. Indem der Verfasser seine Bedenken noch vielseitiger scharf fixiert, erwähnt er mit Recht auch den gewichtigen Umstand, daß mit geringen Ausnahmen weder in der Groß- noch in der Kleinstadt die deutschen Zeitungsbetriebe darauf eingerichtet seien, noch eine weitere oder gar mehrere Zeitungen herzustellen. Mit dem Sage: „Nichts als Verwirrung, leblich bedenkliche Schäden, nur eine Herabminderung des in harter Schule und Selbstsucht gewonnenen Ansehens und Wertes der deutschen Presse würde angerichtet, dabei nicht das geringfügigste von dem gewonnenen, worauf Staat und Militär jetzt bereitwillig abzielen müssen: Menschen und Material den höheren Zwecken unsres Vaterlandes zuzuführen“, gibt der Verfasser seiner Feststellung über die gänzliche Unzumutbarkeit des Zusammenlegens der Zeitungsbetriebe und auch der Verwerfung der Einheitszeitung, womit man ebenfalls „an gewissen Stellen und in allgemein zeitungsähnlichen Kreisen mit Vorliebe spielt“, die Begründung.

Der vorstehend behandelte Artikel hat einen redaktionellen Vermerk zur Einleitung, woraus hervorgeht, daß die Zusammenlegung von Zeitungsdruckereien an einzelnen

Stellen, besonders von Militärbehörden, fatalistisch erwogen wurde, wogegen sich aber der Vorstand des Weißhessischen Zeitungsverleger mit aller Entschiedenheit erklärt habe. In der gleichen Nummer des „Zeitungsvorlages“ wird in Verfolg eines von der Vereinsleitung an das Kriegsam gerichteten Schreibens dessen Antwort vom 4. Oktober veröffentlicht. Sie besagt kurz und bündig, „daß das Kriegsam eine Zusammenlegung von Zeitungsbetrieben nicht durchzuführen beabsichtigt“. Diese Frage wäre somit in zufriedenstellender Weise erledigt.

Die andere Seite, die Zusammenlegung von Buchdruckereien, ist seitens der Prinzipalorganisation in Heidelberg mit gleichfalls anerkennender Entschiedenheit verneint worden. Die betreffende Entschliebung haben wir schon in Nr. 108 mitgeteilt. So weit wie für die Zeitungsverleger ist aber die Sache noch nicht geblieben, es wird auch kaum zu einer derartig allgemeinen Abstinenznahme vom Kriegsam kommen wie gegenüber den Zeitungsbetrieben. Auf der vorhergehend erwähnten Versammlung der niederhessisch-weißhessischen Zeitungsverleger kam zur Sprache, daß bisher nur im Bereiche des X. Armeekorps eine Aufforderung ergangen sei, Vorschläge für die Zusammenlegung zu machen. Das ist jedoch ein Irrtum. Im Geschäftsberichte des Deutschen Buchdruckervereins werden nämlich die von uns schon Mitte Juli erwähnten Verhandlungen in Bayern auch angeführt, die man bei dieser Gelegenheit gar zu ungeschuldig „Gedankenaustausch“ nennt. Der gegebene Rat, „mit öffentlichen Erörterungen zu warten, bis vom Kriegsam ernstliche Schritte in der Angelegenheit unternommen werden“, scheint auf Bayern, mehr aber noch auf Frankfurt a. M. hinzuweisen. In der Tat wäre hier nichts unangebrachter, als es dem Führer in Goethes Ballade gleichzutun: „Halb zog sie ihn, halb sank er hin“. Es wäre zu wünschen, daß die Vorstellungen des Deutschen Buchdruckervereins dazu führen, auch für die Buchdruckereien die Zusammenlegungsfrage bald als im allgemeinen gegenstandslos anzusehen.

Die Anerkennung als kriegswichtiger Betrieb.

In Nr. 117 wurde in der „Rundschau“ von einer allgemeinen Verfügung für den X. Armeekorpsbezirk, daß die Zeitungsdruckereien grundsätzlich die Bedeutung nach § 2 des Hilfsdienstgesetzes haben, Kenntnis gegeben. Diese Anerkennung enthält aber die üblichen Einschränkungen, wonach nicht in jedem Fall und ohne weiteres Eingriffe in den Personalbestand ausgeschlossen sind usw. Wie in dem vorangehenden Abschnitt erwähnt, ist man gerade in diesem Bezirke behördlicherseits der Zusammenlegung von Druckereien nähergetreten. Es würde darin ein Widerspruch zu erblicken sein, wenn man die Anerkennung als kriegswichtiger Betrieb überläßt. Nach wie vor bilden die gegen die Einberufung von Hilfsdienstpflichtigen einzulegenden Beschwerden (von der Firma beim Hilfsstellungs-ausschusse, von Gehilfen an den Einberufungsausschuss) das geeignetste Mittel, die Wegnahme von Gehilfen rückgängig zu machen. Wäre der Charakter als Hilfsdienstbetrieb an sich schon Schutz dagegen, könnte es gar nicht zu Einberufungen aus kriegswichtigen Betrieben bzw. Zeitungsdruckereien kommen. Solche Fälle sind uns jedoch nach den früher mitgeteilten noch einige bekanntgeworden. Sie erledigen sich aber durch Zurücknahme der Einberufung.

Ein Fall von merkwürdiger Heranziehung eines Buchdruckergehilfen.

In einer größeren Stadt erhielt ein Kollege die Aufforderung, sich Stellung in einem Hilfsdienstbetriebe zu suchen. Er erfuhr in dem Auskunftsbureau für Hilfsdienstangelegenheiten, daß am Orte nur eine Druckerei als kriegswichtig anerkannt sei, die andern hätten gar keinen Antrag gestellt. Der betreffende Kollege lachte nun schlenunig bei dieser Firma unterzukommen, denn ihm war gesagt worden, daß er eigentlich nach auswärtig sollte in eine — Pulverfabrik! Den Prinzipalen am Orte wurde darauf von Gehilfenseite beigebracht, was sie in ihrem eignen Interesse zu tun haben. Das ist selbstverständlich eine Unterschätzung der aus dem Hilfsdienstgesetz erwachsenden Eventualitäten, die erst recht nicht vorkommen sollte.

Hilfsdienstlofterten.

Unter Berufung auf noch andre durch das Generalkommando benannte Kräfte ging einem als Redakteur fungierenden Kollegen von einem kleinen Zeitungsverleger und Druckereibetreibter eines jener im Leistungsverlangen unerreichbaren Angebote zu. Von der redaktionellen Tätigkeit fehlte auch nicht eine Verrichtung der Arbeit eines Buchdruckers und Zeitungsachtmannes. Da alles eingezogen ist, arbeitet der Inhaber nur noch mit Beihilfen; er selbst muß aber auch einrücken. Wenn dazu noch bemerkt wird, die Gehaltsansprüche dürften nicht hoch sein, so paßt das gewiß wunderbar zusammen. Nest man allerdings, daß die Zeitung nichts einbringt, und daß der Betrieb eingestellt werden müßte, wenn eine angemessene Gehaltsforderung für die (gar nicht oder kaum erfüllbaren) Bedingungen gestellt würde, dann erbärt man auch einen Einblick in die Lage wohl nicht weniger kleiner Zeitungsverleger.

Eine Ablehnung solcher Angebote ergibt sich schon aus Gründen der eignen Selbsterhaltung. Es muß jedoch der betreffenden Amtsstelle eine ausreichende Begründung gegeben werden, warum es unmöglich ist, eine derartige Stellung zu bekleiden. So schützt man sich vor Strafe.

Erhobene Einwände, wenn sie einigermaßen berechtigt sind, finden Berücksichtigung.

Die Beachtung dieses letzteren Momentes — Angabe von Gründen für die Ablehnung — ist von Wichtigkeit, wie aus einem andern uns bekanntgewordenen Falle hervorgeht. Hier sollte ein Kollege einen Redakteurposten in einer kleinen Provinzstadt übernehmen, auch Auktion stellen, in Akzidenzarbeiten praktisch mitarbeiten und eine Schnellpresse allein bedienen. Dafür sollten 150 Mk. monatlich gewährt werden. Die Sache wurde von einem selbstvertreitenden Generalkommando mit Hilfe eines Arbeitsnachweisesverbandes betrieben. Ausdrücklich ist Begründung für etwaige Ablehnung verlangt worden.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

T. Kirefeld. In untrer ziemlich gut besuchten Versammlung am 13. Oktober wurde zunächst das Andenken zweier gefallener Kollegen geehrt. Kollege Enger brachte sodann zur Kenntnis, daß die Prinzipale eine örtliche Zulage aus „sittlichen“ Gründen abgelehnt hätten. Wir seien anderer Meinung und glauben, daß eher örtliche Zuschüsse der Prinzipale, keine weiteren Zulagen, als die allgemeinen ihren Gehältern zu zahlen, vor nicht gegen den Tarif verstoßen, aber jedes soziale Verständnis vermischen lassen, und das besonders in dieser drückenden Zeit. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin von Zentralvorstand und Gehilfenvertretern ein energisches Eintreten für angemessene, den heutigen Teuerungszuständen entsprechende Erhöhung der Löhne ohne Stufung verlangt wird. Ferner erwartet man eine den unendlich hohen Lebensmittelpreisen Ärtels entsprechende Erhöhung des Lokalzuschlags. Der Arbeitslohn ist unter Einrechnung der Teuerungszulagen festzusetzen. Die Ärtel der Mitgliedschaft verpflichtet sich, unter Vertreter in diesen Forderungen tatkräftig zu unterstützen. Verschiedene sittliche Verstöße in der Überschreitung der Lehrlingskassa sowie bei der Einstellung von weiblichen Erlahrkäften sind unter Protest der zuständigen Stelle gemeldet worden. Aber die durchgehende Arbeitszeit müssen die Meinungen noch geklärt werden. In Sachen der verschiedenartigen politischen Auffassung über die Buchdrucker als Schwerarbeiter soll demnächst eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Eine Versammlung fand am 28. September statt. Derselbe erregte sich eines recht guten Besuchs und nahm mit sichtlichem Interesse die vom Vorsitzenden Lohmann gegebenen „Vereinsmitteilungen“ entgegen. Allgemein wurde verurteilt, daß manche Kollegen, die während der gegenwärtigen Kriegsnöte vom hiesigen Gauvorstande gestatteten Ausnahmen zu willkürlich ausnutzten, seien doch bis zu 54 Überstunden pro Woche von Kollegen außerhalb ihrer Konditionsdrucker in fremden Örtlichkeiten ausgeführt worden. Eine Unterbindung dieser maßlosen Ausnutzung eines Zugeständnisses wurde gutgeheißen. Um die technisch schwachen Kollegen mehr zu unterstützen, soll im kommenden Monat ein Kursus für Ausschleichen und Formmachten veranstaltet werden. Desgleichen für spätere eine Felddruckmaschinenstellung, um deren reichhaltige Beschaffung erlucht wird. Ein nochmaliges Gesuch um erhöhte Proszulagen soll unter eingehender Begründung an die Behörden eingereicht werden. Von einer Schabenerkassalage in Höhe von 3500 Mark an einen Kollegen wurde kaumend Kenntnis genommen. Einer Geldbewilligung bis zu 200 Mk. aus der Vereinskasse zu der am 31. Oktober stattfindenden technischen Exkursion wurde zugestimmt. Allgemeinen Beifall fand das vom Kollegen Kretschmar gegebene Referat über: „Die technische Entwicklung in unserm Berufe während der gegenwärtigen Zeit“.

Posen. Mit der jetzt leider üblichen Einleitung: „Ehrung gefallener Kollegen“, eröffnete der Vorsitzende die Ortsvereinsversammlung am 13. Oktober und gedachte mit herrlichen Worten eines weitem Kriegesopfers. Der wichtigste Punkt war die Besprechung der Tagesordnung der Tarifauschubstzung. Die Kollegen waren sich darin einig, daß die Lohnverhältnisse in unserm Gewerbe auf jeden Fall geändert werden müssen, und faßten ihre Wünsche in folgende Entschließung zusammen: „Die Versammlung des Ortsvereins Posen erwartet von den Gehilfenvertretern und dem Vorstande, daß sie bei den demnächst stattfindenden Tarifauschubverhandlungen nachdrücklich für eine angemessene Aufbesserung der Lohnverhältnisse eintreten, wie sie den gestiegenen und noch fortgesetzt steigenden Kosten der gesamten Lebenshaltung entsprechen, sowie für eine Erhöhung des Lokalzuschlags auf 15 Proz. hinwirken.“ Die weiteren Punkte der Tagesordnung hatten nur örtliches Interesse. Der Besuch der Versammlung war im Verhältnis zu den früheren ein besserer. Immerhin wäre zu erwarten gewesen, daß die Wichtigkeit der zur Besprechung vorliegenden Fragen eine größere Anzahl von Kollegen auf die Beine gebracht hätte.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ein goldenes Jubiläum. Am morgigen Sonntag, dem 21. Oktober, werden genau fünfzig Jahre seit der Gründung der Mitgliedschaft München verlossen sein. Schon frühzeitig schlug der Organisationsgedanke unter den Münchner Buchdruckern Wurzel. Bereits auf der ersten National-Buchdrucker-Versammlung in Mainz an den Pfingsttagen 1848 waren sie vertreten, und auf dem

einige Monate später einberufenen Frankfurter Buchdruckerkongress wurde ein von München ausgegangener Antrag einstimmig angenommen, der auf die Gründung eines ganz Deutschland umfassenden Berufsverbandes abzielte. Wie in vielen andern Örtlichkeiten, so erfolgte indes auch in München unter den Einwirkungen der politischen Reaktion des Jahres 1849 zeitweilig die Flamme der Begeisterung, und die Pflege des kollegialen Zusammengehörigkeitsgefühls blieb örtlichen Vereinen überlassen. Erst im Jahre 1867 kam neues Leben in die Bewegung, bis dann am 21. Oktober in einer von 44 Kollegen besuchten Versammlung die Gründung des Lokalvereins München erfolgte, dessen Mitgliederzahl bald auf 81 stieg. Im gleichen Jahre schon trat man an die Abschaffung der Sonntagsarbeit und die Regelung der Lehrungsverhältnisse heran. Auf die während ihres sonstigen Werdeganges verriechte praktische Organisationsarbeit der Mitgliedschaft München im Rahmen des Verbandes kann hier nicht näher eingegangen werden. Betrachtete man seit Bestehen der Mitgliedschaft als Hauptzweck die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder, so wurde doch auch die Pflege des Unterstützungswesens als Mittel zu diesem Zweck nicht übersehen. Über 2 Mill. Mk. sind allein während der letzten 25 Jahre zur Auszahlung gelangt, davon rund 350000 Mk. aus Mitteln der Mitgliedschaft selbst. Für das Solidaritätsbewußtsein andern Arbeitern gegenüber legt die innerhalb der letzten 25 Jahre abgeführte Summe von rund 50000 Mk. äußerlich bereites Zeugnis ab. Bei Kriegsausbruch trat ein neuer Unterstüzungsweig in Kraft: die Mitverorgung der Familien im Felde stehender Kollegen. Die Aufwendungen für diesen Zweck betragen bis jetzt nahezu 80000 Mk. Mit berechtigter Genugung kann die Münchener Mitgliedschaft auf das innerhalb 50 Jahren Geschaffene zurückblicken. In einer Festversammlung in der „Tonhalle“ am 21. Oktober, dem eigentlichen Jubiläumstage, wird des 50jährigen Bestehens in zeitgemäßer und doch würdiger Weise gedacht werden. Möge die Mitgliedschaft München ihren guten Ruf innerhalb der Gesamtorganiationsgesellschaft Deutschlands auch im zweiten Halbjahrhundert organisatorischen Wirkens allzeit zu wahren bestrbt sein. In diesem Sinn ein herzliches Glück auf zum Ehrentage!

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Pannenschmidt als einundvierzigstes das Eisene Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: Artur Fröhlich, Oskar Mücke und Karl Reichelt (Berlin), Alfred Engst und Albert Müller (Leipzig), Jakob Bauer und Heinrich Ritterbusch (Marburg), Albert Kessel (Quebdingen), Paul Fischer und Richard Walter (Espanau), Max Kögler (Neulm) sowie Hermann Streicher (Wingertshausen, Würtf.). Damit haben bis jetzt 4390 Verbandskollegen diese hohen militärischen Auszeichnungen erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerfänger. In Leer wurden Schriftsetzer, Drucker, Lehrlinge und Hilfsarbeiter als Schwerarbeiter anerkannt, während Maschinensetzer und ein Stereotypist als Schwerfänger gelten. Sie erhalten wöchentlich 1 bzw. 2 Pfd. Brot, bis vor kurzem die doppelte Kartoffelmenge, dann und wann auch 50 g Fett, Grütze usw.

Nachnahmewerkes Beispiel. Die Firma S. Müller Söhne in Rendsburg zahlte am 12. Oktober erstmals eine weitere Teuerungszulage von 2,50 Mk. wöchentlich an jeden Gehilfen.

Brotkartenbeschaffung. Um sein Mehlmanko auszugleichen, griff ein Bäckermeister aus Saarum zu einem recht verwerflichen Mittel. Er setzte sich mit einem 17jährigen Seherlehrling, der in einer Berliner Druckerlei beschäftigt war, in Verbindung, gab ihm Originalbrotkarten des Kreises Saach-Belzig und Geld zur Papierbeschaffung. Der Lehrling lieferte ihm 500 Brotkarten für 35 Mk. Diese wurden bei verschiedenen Bäckermeistern in Saarum vorgelesen. Die Strafkammer in Potsdam verurteilte die beiden Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung zu je drei Monaten Gefängnis.

Zuckerkartenfälscher. In Berlin wurden kürzlich ein Zuckerkartenfälscher und 15 seiner Helfershelfer von der Kriminalpolizei verhaftet. Der Saupfischwilde ist ein Stempelschneider aus Neukölln, der die Kartchen, auf welche Bäder in jedem Geschäft 5 Pfd. Zucker erhalten, ohne sich in die Kundenliste eintragen lassen zu müssen, in großer Zahl fälschte und sie durch seine Spießgesellen vertrieben ließ. Mit dieser Affäre, in die gegen 40 Personen verwickelt sein sollen, hängt wahrscheinlich eine Verführung des Berliner Magistrats zusammen, wonach gefälschte Zuckerkartenschnitte über 1, 2, 5 und 10 Pfd. (schwarzer Druck auf welchem Papiere mit blauem Bären), die ohne Eintragung in die Kundenliste gültig sind, von den Kleinhändlern nicht mehr eingelöst werden dürfen. Vorzeiger solcher Abschnitte sind an die Zuckerverorgungsstelle zu verweisen, damit dort ein Umtausch der Fälscherheine erfolgen kann.

Für das dauernde Nachbaderbot. Der Zentralverband der Bäder, Konditoren und verwandten Berufsgenossen hat gemeinsam mit den christlichen und kirchlich-Dunklerischen Bäckerarbeiterorganisationen dem Bundesrat und Reichsamt des Innern in einer Eingabe „den einmütigen Wunsch aller Berufsangehörigen der deutschen Bäckerei und Konditorei — sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer —, das schon lange in Aussicht gestellte dauernde Nachbaderbot bereits jetzt zu erlassen“, unterbreitet. Begründet wird der Wunsch durch die Tatsache, daß auch die anfänglichen Gegner des Nachbaderbotes in den Unternehmerkreisen durch die Erfahrungen des Krieges zu der Erkenntnis gekommen seien, daß der Nach-

prozeß durch die Tagesarbeit in hygienischer Beziehung nur gewinnt. Es wird ferner in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Beantwortung dieser Schicksalsfrage für die Bäckerei nicht mehr weiter hinauszogeloben werden kann, da die Großbetriebe für ihre Pläne des Weiterbaues nach dem Kriege sich in ihren Berechnungen darauf einzustellen haben und auch die kleinen Betriebe und die Arbeiter wissen müssen, woran sie sind. Die Eingabe erwähnt noch einmal das Abstimmungsergebnis der Umfrage, die natürlich nur so weit umfassend sein konnte, als den Verbänden Feldadressen zur Verfügung standen. Es beteiligten sich daran 1150 Gesellen und 3826 Meister, zusammen 14976 selbstgraue Berufsangehörige; von allen diesen stimmten nur 88 gegen die gefällte Besetzung der Nacharbeit, 167 wollten den Erlass einer Verordnung bis zum Kriegsende aufgeschoben wissen.

Erhöhte Fahrkartensätze. Zur Eindämmung des Reiseverkehrs und um eine Erleichterung für die Betriebslage zu schaffen, traf auf den deutschen Eisenbahnen vom 18. Oktober ab eine 100prozentige Erhöhung der Fahrpreise für Schnell- und Gitzüge ein, und zwar in der Weise, daß zu den bisherigen Fahrkarten eine Ergänzungskarte verabfolgt wird, die folgende Beträge aufweist: Bei einem Fahrgebilde bis zu 5 Mk.: 3 Mk., über 5 bis 10 Mk.: 8 Mk., über 10 bis 15 Mk.: 13 Mk., über 15 bis 20 Mk.: 20 Mk., über 20 bis 25 Mk.: 30 Mk., über 25 bis 30 Mk.: 40 Mk., über 30 bis 40 Mk.: 50 Mk., usw. Diese Zuschläge sollen für alle Wagenklassen gleichmäßig gelten. Auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen wird außerdem, wie das bereits in Württemberg geschieht, in der nächsten Zeit ein Zuschlag erhoben auf Fahrkarten, die Sonnabends oder Sonntags nach den verschiedenen Ausflugsorten gelöst werden. Wie beim Erlass des neuen Lhas des Eisenbahnministers offen zugegeben wurde, soll mit der Erhöhung der Fahrkartensätze auf Doppelt des bisherigen Betrags eine Verkehrseinschränkung erreicht, richtiger gesagt, erzwungen werden. Der wirkliche Effekt wird jedoch ein ganz anderer sein. Nachdem die eigentliche Reisezeit vorüber ist, erklärt die Reiselust der besserbemittelten Volkskreise von selbst eine starke Einschränkung, zumal jetzt bei der beginnenden kalten Jahreszeit, wo das Reisen in ungeheizten Eisenbahnwagen nicht zu den Annehmlichkeiten gehört. Es werden also in erster Linie diejenigen von der sozial äußerst ungerecht wirkenden Fahrpreiserhöhung betroffen, die reisen müssen; let es in Berufsgechäften oder wegen anderer dringlicher Anlässe. Die Leute, die sich trotz der um 100 Proz. verteuerten Fahrkarte von Vergnügungstreffen nicht abkreden lassen, kommen erst in zweiter Linie in Betracht. Indirekt wirkt die echt bürokratische neue Maßnahme der Eisenbahnverwaltung aber auch auf die minderbemittelte Bevölkerung ein. Sie wird sich infolge der immerhin eintretenden Abwanderung von Fahrgästen aus Schnell- und Gitzügen in die Personenzüge in noch schlimmer als bisher schon überfüllte Wagen der vierten Klasse zusammenpressen lassen müssen. Dabei muß sie noch froh sein, überhaupt befördert zu werden. Man hat zwar vorläufig davon abgesehen, für Personenzüge eine Fahrkartenerhöhung einzutreten zu lassen, dafür aber zu einer Maßnahme gegriffen, die beinahe noch schlimmer wirkt: zu einer Beschränkung des Fahrkartensverkaufs. Auf Grund dessen kann nur eine bestimmte Anzahl von Reisenden fahren, während der Rest einfach von der Beförderung ausgeschlossen bleibt. In jeder Beziehung wurde vom grünen Tisch aus wieder einmal volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entgegengetreten, und der ohnehin schon übergenug vorhandene Unmut weiter Bevölkerungsklassen nur noch mehr gesteigert.

Schutz für Kleingärten. Da die Zahl der Schrebergärtner unter unsern Kollegen eine beträchtliche ist, sei darauf hingewiesen, daß nach einem neuerdings erfolgten Beschlusse des Bundesrats Pachterträge über Kleingärten vom Pächter nicht gekündigt werden dürfen, wenn sie bei der Überlassung an den Pächter drachgelegen haben. Sind solche Pachterträge für eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so ist nach Ablauf dieser Zeit auf Verlangen des Pächters das Pachterverhältnis zu erneuern. Dies gilt nicht, wenn auf seiten des Pächters ein wichtiger Grund für die Kündigung oder die Nichterneuerung des Pachterverhältnisses vorliegt. Streiftigkeiten, die sich hieraus ergeben, werden unter Ausschluss des Rechtswegs endgültig durch die untere Verwaltungsbehörde entschieden.

Verschiedene Eingänge.

- „Die Glocke.“ Sozialistisches Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Jhr. 23-25, 3 Jahrgang. 1 Band. Preis jeder Nummer 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.
- „Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Jhr. 17, 18, 23. Jahrgang. Jahressubskription 6 Mk., Einzelheft 30 Pf. Verlag G. Harwitz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.
- „Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Jhr. 23-25, 35. Jahrgang, 2. Band. Verlag von J. S. W. Bloch Nachf. in Stuttgart.

Briefkasten.

A. Th. in P. Sowohl wir als Ihre mangelhaften Angaben erleben können, treffen die Voraussetzungen bei Ihnen nicht zu. Wenn Sie noch einmal genau das in Nr. 84 Betrage durch, und wenn Sie dann noch in Zweifel sind, so betragen Sie sich beim Arbeitssekretariat dort oder bei denjenfalls bestehenden Stelle für Hilfsdienstangelegenheiten. — **G. A.** in M.: Für Erledigung der Angelegenheit und frol. Jellen besten Dank! 2. Übermittelte Sache ist gleich mitverwendet. — **A. P.** in Aiga: Vom Erscheinen der neuen Zeitung nehmen wir bereits in letzter Nummer Notiz, Stellen Dank! — **G. B.** in Neustrelitz: 2,80 Mk. — **W. S.** in Stuttgart: 5,15 Mk. — **M. H.** in Beuthen: 2,15 Mk. — **P. S.** in Glogau: 2,15 Mk. — **H. P.** in Emden: 2 Mk. — **G. V.** in Magdeburg: 2 Mk.

Korrektor und einige tüchtige Handschreiber
zu sofortigem Eintritt gesucht. [186]
F. C. Haag, Welle in Hann.

Korrektor
der am Kasfen ausblift, sucht
Buchdruckerei Ed. Ring, Düsseldorf. [161]

Tüchtige Setzer
für Anzeigen und Abzügen sucht
Buchdruckerei Ed. Ring, Düsseldorf. [162]

Acht bis zehn Setzer
in Dauerstellung gesucht.
Wagner & Co., Berlin SW 11, Möckernstraße 144. [199]

Schriftsetzer
für alle Arbeiten (Werk-, Anzeigen- und Tabellenatz) möglichst sofort gesucht. Angebote mit Wohnansprüchen, Eintrittstag usw. an
M. Strucken, Düsseldorf 17. [174]

**Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer
Akzidenzsetzer, Werksetzer**
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandstetter, Leipzig. [198]

Maschinenmeister
tüchtige, selbständige
(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht.
Oskar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 B. [122]

Maschinenmeister
sofort gesucht.
Buchdruckerei H. Seydel & Co., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. [166]

Maschinenmeister
wichtig im Plattendruck, sofort gesucht.
E. G. Röder G. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 5/7. [51]

Erster Illustrations- und Farbendrucker
in dauernde Stellung gesucht.
Serg & Co., Nürnberg. [202]

Schriftsetzer
für Böttgerische Schnellziehmaschine, selbständig arbeitend, sucht
W. Bügenstein, Berlin SW 48. [198]

Maschinenmeister
oder im Druck erfahrenen Schweißergegen stellt ein
„Marger Kurier“, Thale am Harz.
Für die H. Schroeder'sche Buchdruckerei, G. m. b. H., Einbeck (Provinz Hannover), ein tüchtiger
Maschinenmeister
für Werk- und Illustrationsdruck gesucht. Die
Stellung ist eine dauernde. Bewerbungen sind zu
richten an
Gottfried Ewinna, Kallowitz (D. S.). [205]

Maschinenmeister
Militärfreie, zuverlässige, mit Anlageapparat
Univerfal (Exp 1914) vertraute
Maschinenmeister
für Illustrations-, Werk- und Plattendruck sowie
tüchtige berechnende
Werksetzer
für sofort oder später gesucht.
Hof-Buch- und -Steindruckerei
Dlesch & Bräuner, Weimar. [74]

Zwei Buchdruckmaschinenmeister
mit Plattendruck vertraut, zum baldigen Eintritt
gesucht.
„Gecht“, Papierwarenfabrik G. m. b. H.,
Düsseldorf 93. [175]

Schweißergegen
für unsere Buchdruckerei in Ochern sucht die
Buchdruckerei „Antas“, Bühl (Baden). [185]

**Drucker oder Setzer
als Abzieher**
gesucht. Kriegsbeschädigter kann berücksichtigt
werden.
H. Vogel, Düsseldorf 112. [190]

Akzidenzsetzer
sucht Stellung. Wobin ist gleich. Angebote mit
Wohnort an
W. Grieshammer,
Chemnitz, Bernsdorfer Straße 12 II. [204]

Typographische Vereinigung Berlin
Sonntag, 21. Oktober, vormittags 10 Uhr:
Besichtigung der Luther-Ausstellung und
der Königsberger Silberbibliothek
Vortrag und Führung: Herr Direktor Paalzow.
Treffpunkt: 10 Minuten vor 10 Uhr am Ein-
gange der Königl. Bibliothek, Unter den Linden 38.
Eintritt frei. Mitglieder mit Damen und Gäste
freundlich willkommen. [176]

Maschinensetzerausbildung
Sonderkurse an Typographiemaschinen
Handwerker- und Kunstgewerbeschule
Abteilung Graphische Fachschule - Barmen

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Aushilfsstelle durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**.

Die Stereotypie zum Selbsterlernen nebst
Anhang: Praktische Winke
für Maschinenmeister und Setzer. Preis 1,40 Mk.
8841 C. Fauvel, Altona C., Kolbestraße 64.

**Nützen Sie Ihre Freizeit zur Weiterbildung im
Berufe. Hierbei liefert Ihnen das Druckhand-
buch „Wie soll ich zurichten“ wertvolle Dienste.
Preis 1,70 Mk. geb. postfrei. Voreinsendung oder
Nachnahme vom Verfasser M. Rauch, Stuttgart,
Ludwigstraße 20. [191]**

Wies soll ich zurichten?
Ein Leitfadens für Buchdrucker.
zum Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten.
112 Seiten. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb.
M. 1,70 portofr. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstr. 20.

Rauchs Bogenabheber fördert die Leistung und
verhindert Unfälle an der Tiegelpresse. 80 Pf. portofr.



Teilzahlung
Uhren und Schmucktaschen, Photo-
artikel, Sprechmaschinen, Musik-
instrumente, Vaterland, Schmuck,
Spielwaren und Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Berlin A. 407.
Jonass & Co., Belle-Alliance-Str. 7-10.

Welche Versorgungsansprüche haben Kriegs-
teilnehmer und ihre Hinterbliebenen?
Zuverlässiger Ratgeber für Militär- und Zivil-
versorgung. Mit prakt. Beispielen, Musterformu-
laren zu Eingaben usw. 2,40 Mk. (Porto 20 Pf.).
Zu beziehen durch A. Siegel, Leipzig-A., Altenstr. 17.

Kriegsdrucksachen aus Feld und Heimat
erb. f. f. Sammlung d.
Hamburg-Altonaer Korr.-Bereins zu Händen
G. Hoffmann, Hamburg 33, Rämmerfeld 18. [212]

Typographische Fachliteratur Bücher für
Satz und Druck beziehen Sie vorrätig vom
Graph. Verlag A. Siegel, Leipzig-A., Alten-
straße 17 B. - Katalog un berechnet und frei.

**H. MATHAEUS
DESSAU**
Flößergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Für die mir anlässlich meines 50jährigen
Verbandsjubiläums aus den Kreisen der
Kollegen von hier, auswärts und aus dem
Gelde zugegangenen zahlreichen Glück-
wünsche sowie sonstigen Aufmerksamkeiten
sage ich hierdurch meinen
herzlichsten Dank!
All diese Kundgebungen haben in mir,
gleich wie die Entwicklung unserer Organi-
sation innerhalb der 50 Jahre meiner
Mitgliedschaft, aufs neue das erhabene
Bewusstsein gestärkt, vor 50 Jahren wie
auch noch heute den richtigen Weg ge-
gangen zu sein.
Leipzig, 15. Oktober 1917.
H. Wogenitz.

Für die mir zu meinem 50jährigen Be-
rufs Jubiläum übermittelten zahlreichen
Glückwünsche vermag ich nur hierdurch
meinen
herzlichsten Dank
Ausdruck zu verleihen.
Julius Krause, Kiel.
Buchdruckerei Chr. Haake & Co.

Schon wieder entriß uns der Welt-
krieg einen lieben Kollegen, den Setzer
Johann Cremer
Ein ehrendes Andenken werden
wir ihm stets bewahren. [194]
Ortsverein Recklinghausen.

Miederum haben wir den Verlust eines
braven Kollegen zu beklagen. Am 30. Sep-
tember fiel der Setzer [193]
Johann Cremer
aus Recklinghausen.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Bochum.

Am 7. Oktober ist unser lieber Kollege,
der Setzer [184]
Paul Alfred Walthor
aus Krimmischau als erster von den
22 im Felde stehenden Mitgliedern unseres
Ortsvereins in dem Weltkriege gefallen.
Er war uns allen ein lieber Kollege.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken
bewahren.
Die Mitglieder der Ortsvereins
„Typographia“, Neustrelitz,
Graphische Vereinigung Neustrelitz,
Bezirksverein Südost-Mecklenburg.

Miederum entriß uns der Weltkrieg
zwei wertere Mitglieder. Im Februar ver-
starb in ruffischer Gefangenschaft an seiner
schweren Verwundung der Drucker [197]
Karl Nahrgang
aus Mainz; am 13. Oktober verstarb in
einem hiesigen Lazarett der Setzer
Ernst Schweinsberger
aus Singikon.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Den Heldentod für das Vaterland starb
in freier Pflichterfüllung am 20. Septem-
ber in Feindesland unser lieber Kollege,
der Schriftsetzer [196]
Reinhold Stephan
Ein ehrendes Andenken wird ihm be-
wahren
Der Bezirksverein Glogau.

Hiermit erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, von dem plötzlichen Ableben unseres verehrten
Prinzipals und technischen Leiters unserer Firma
Herrn Schriftleiter Leopold Elben
Zweiter Vorsitzender des Vereins württembergischer Zeitungsverleger
Kenntnis zu geben. In der Vollkraft der Jahre mußte der Verblühene sein arbeitsreiches
Leben einer rasch voranschreitenden Krankheit lassen.
Sein leuchtendes Wesen, sein stets wohlwollendes Entgegenkommen und Verständnis sichern
ihm ein ehrendes Gedächtnis.
Stuttgart, 16. Oktober 1917.
Das technische Personal der Druckerei „Schwäbischer Merkur“.

Wieder haben wir den Verlust eines
lieben Kollegen zu beklagen. Am 26. Sep-
tember fiel der Setzer, Gelehrter [201]
Jürgen Arends
Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.
Ortsverein Norden.
Bezirksverein Ostfriesland.

Kaum daß er sich von seiner schweren
Kriegsverletzung etwas erholt hatte und
zum Berufe zurückgekehrt war, ist unser
lieber Kollege, der Setzer [183]
Wilhelm Raube
geboren in Quisburg, am 8. Oktober an
den Folgen seiner Verwundung verstorben.
Ehre dem tapferen Streiter!
Die Verbandsmitglieder der
Reichsdruckerei, Berlin.

Durch Verhinderung des kgl. Amts-
gerichts ist der seit 1914 als vermisst geltende
Kollege, der Setzer [182]
Paul Ruhn
aus Eiberfeld, 30 Jahre alt, für tot
erklärt worden.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Eiberfeld.

Miederum haben wir einen braven
Kollegen durch den Weltkrieg verloren.
Am 4. Oktober hat der Maschinensetzer
Fahrer [187]
Ernst Möller
aus Barmen durch einen Granatvoll-
treffer den Heldentod erlitten.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Barmen.

Am 21. September fiel in diesem schweren
Bürgerkrieg unser werteres Mitglied, der
Setzer [195]
Reinhold Strzelczyk
geboren in Gleiwitz.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Beuthen (Oberchl.).

Am 12. Oktober verstarb plötzlich und
unerwartet unser werteres Mitglied [189]
Gustav Zobel
im Alter von 58 Jahren.
Sein Andenken werden wir in Ehren
halten.
Storckorenvereinigung Magdeburg.

Nach 26 wöchigem schweren Krankheits-
verlauf am 13. Oktober im hiesigen Silde-
gardis-Krankenhaus unser lieber Kollege,
der Setzer [188]
Leopold Gebhardt
aus Schweinfurt, im 37. Lebensjahre.
Seine Frau und drei unermachene
Kinder trauern um den Ernährer, wir
um einen braven Kollegen.
Bezirksverein Mainz.

Nach nur vierstägiger Krankheit verstarb
am 15. Oktober in Weida, seiner Heimat,
unser werteres Mitglied, der Setzer [206]
Rudolf Hennig
im Alter von 24 Jahren, zuletzt in Wittenber-
dorf arbeitend.
Bezirks- und Ortsverein Gera.
Typographische Vereinigung Gera.